

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

72 (26.3.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezgl. 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 4/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 A. zugügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Das Ende des Militarismus.

Karlsruhe, 26. März.

Der nachfolgende Artikel ist bereits vor einigen Tagen geschrieben worden. Inzwischen sind die Bestimmungen über die Rahmlegung unerer militärischen Macht seitens der Entente einig. Im Sinne unerer Aufstellungen ist damit der erste Schritt zur Liquidation des Militarismus überbewiesen.

In den „Völkerbundsentwurf“ ist eine Bestimmung hineingeklinkelt worden, der zufolge die militärische Präsenzstärke jedes Staates laut internationaler Abmachung festgelegt werden soll. Die Herrenmeister dieses Dokumentes deckten aber jetzt schon auf der Pariser Konferenz zu recht, wie sie es in diesem Punkt mit Deutschland zu halten gedenken. Ganz leicht muß ihnen die endgültige Festlegung nicht werden. Man hört von Uneinigigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, man hört einmal von 200 000 Mann, ein andermal von 140 000 Mann, ein ferneres Mal von 100 000 Mann, die uns als Maximalbestand bewilligt werden sollen. So einfach ist das Problem „Beilegung des Militarismus“ nicht, besonders dann nicht, wenn die Aufrichtigkeit dieser Forderung so viel zu wünschen übrig läßt, wie bei den augenblicklichen Wortführern der europäischen Entente.

Die Sache hat zunächst den Haken, daß die Entente gegenwärtig ein gewisses Quantum deutschen Militarismus gut brauchen kann: zur gemeinsamen Abwehr gegen den russischen Bolschewismus. Nun steht sie vor der schwer zu lösenden Frage, welche militärische Präsenzstärke für diesen Zweck gut ist, ohne für feindliche Rückfälle gegen die Entente selbst gefährlich werden zu können. Es wiederholt sich hier ein berühmtes Kapitel der Geschichte unter großartigen Verhältnissen. Nach dem Zusammenbruch Preußens legte Napoleon die Höchststärke seines Heeres auf 42 000 Mann fest. Die preussische Militärverwaltung durchkreuzte diese Bestimmung durch das bekannte Krämpfchen; dadurch, daß die Rekruten einer nur mehr monatlichen Ausbildung unterzogen wurden, jedoch es möglich war, innerhalb einiger Jahre das ganze vorfindene Kriegsvorrat nicht über eine nach modernen Maßstäben gemessene Ausrüstung verfügen kann. Aber ihre Disziplin wird gerührt, ihre Tapferkeit anerkannt, auf eine halbe Million muß man das bolschewistische Herr mindestens schätzen, auf eine ganze Million muß man gefaßt sein. Es zum ein ernst zu nehmender Gegner. Welche Macht der Erde ist heute gewiß, diesem Gegner eine moderne, kampfwillige Armee entgegenstellen zu können? Einzig und allein Japan. Aber die Japaner haben nicht das mindeste Interesse, zur Rettung Europas vor dem Bolschewismus einzuschreiten. Es kann ihnen nur recht sein, wenn die Selbstzerfleischung der weißen Welt fortbauert und sie werden so wenig herüberkommen, wie sie auf alle Hilferufe Frankreichs und seiner Alliierten zum Feldzug gegen Deutschland gekommen sind. Sonst aber ist niemand sicher, nicht Frankreich, nicht England, nicht Italien, nicht einmal die Vereinigten Staaten, dem Bolschewismus ein zuverlässiges Meer entgegenzusetzen zu können. Sie machen einfach nicht mehr mit, die Soldaten der Entente, oder vielmehr niemand kann garantieren, daß sie mitmachen, obgleich der Kampf gegen die Macht des Herrn Trotski eine Kinderjagdzeitung im Verlaufe zur Niederwerfung Deutschlands wäre. So sehen sich Clemenceau und George auf die Notwendigkeit gedrängt, den Bolschewismus gemeinsam mit dem geschlagenen Deutschland zu bekriegen und darum macht ihnen die Maximalfestlegung unerer Heeresstärke so viel Schwierigkeiten. Der Friedensstreub aber darf triumphieren. So niedergebrosen ist dieser Militarismus, daß seine heutige Größe und Herrenmeister nach der viereinhalf-jährigen Uebermenschenumschneidung kaum noch die Kraft aufbringen, um einen Polizeistat gegen ein völlig geschlagenes Mitglied ihrer ehemaligen Koalition auszuüben. Der hierdurch durchgeführte zweier primitiver Geselle. Wir sind nicht dazu da, um unter dem Stumpfstein militärischer Waffenübungen unser Leben verkümmern zu lassen und wir sind auch nicht da, um uns totschlägen zu lassen. Ein Motiv des berechtigten Egoismus. Dazu tritt das Höhere:

„Den Bruder morden, blenden, schänden, es ist nicht Menschenamt.“

So steht es jetzt. Und später? Gut, es sei so weit, daß der Bolschewismus niedergebrosen ist. Wird dieser Triumph den Militarismus wieder nachbringen? Can und gar nicht. Alle Welt ist satt und über satt davon; auch die Sieger. Noch eine längere Zeit Krieg und der Ueberdruß wird bis zum Ekel, zur Generalemörderung gestiegen sein.

Deutschland wird nach der Niederwerfung des Bolschewismus in der Lage des Möhrens sein, der seine Pflicht getan hat und nun gehen kann. Das heißt, die vorherrschenden Westmächte der Entente werden, nachdem wir unseren Beitrag an der Expedition gegen die russische Armee geleistet haben, auf die Reduktion unerer Heeresbestände dringen. 200 000 Mann, 140 000 Mann oder so etwas werden sie uns wohl lassen. Das sollen aber keine zwangsweise Einberufene, sondern Freiwillige sein. Die allgemeine Wehrpflicht wird bei uns auf Geheiß der Entente abgeschafft. Frankreich und England wollen uns aber beherrschen, ihre Regierungen denken nicht daran, in ihrem Lande die allgemeine Wehrpflicht zu beibehalten. Wenigstens die Regierungen vom Schilling Clemenceau und Georges nicht. Aber sie werden ja hören, was ihre Völker ihnen zu erzählen haben. Die werden sich höchstens bedanken, weiter Steuern zu zahlen und weiter ihre zwei bis drei Jahre abzugeben. Winston Churchill mag jetzt noch mit der Forderung herumreisen, nach dem Friedensschluß eine englische Armee von 900 000 Mann unter Waffen zu halten. Er wird sehr schnell bescheidener werden, wenn er die Antwort auf dieses Ansuchen von den Oppositionsparteien zu hören bekommen wird. Unter dem Druck einer höchsten Not hat sich freilich England zur Uebernahme des militärischen Zwanges entschlossen. Das englische Volk aber wird die Notwendigkeit der Beibehaltung dieses Zwanges nicht einsehen, wenn Deutschlands Heeresbestand auf eine Polizeitruppe reduziert ist. Und dann wird der gesunde Instinkt des Engländers gegen das „durch und durch unethische Militärsystem“, wie der große englische Philosoph Herbert Spencer sagt, gewaltig zum Durchbruch kommen. So wird es auch in Frankreich sein. Die Oppositionellen in der Kammer werden mit den Regierungsherren schon ein Wortchen französisch auf die Art des jenseitigen Cambronne reden, und wenn es die nicht tun, wird es das Volk gar nicht an sich tun. Das Volk der großen Revolution, das Volk der Freiheit beständig zwei oder drei Jahrzehnte hindurch in Diensthing zu halten, während sich Deutschlands Armee aus Freiwilligen rekrutieren, nein, das wird den französischen Marktladern nicht gefallen. Franzosen und Engländer werden erkennen, daß der Militarismus seinen Wanderzug von Osten nach Westen gemacht hat oder vielmehr, daß dieser Gast bei ihnen länger als wo anders zu verweilen beliebt. „Wir bedanken uns dafür“ und dieses „Wir bedanken uns“ wird ein gern gehörtes Echo in Italien, in Amerika finden. Der Militarismus stirbt an dem Fluch, den er anerkennt und an der gefunden Empörung, den sein Gewaltregiment hervorgerufen hat. O-n.

Ungarn.

Budapest, 25. März. (Ungar. Korr.-Bur.) In der Provinz herrscht nach amtlichen Berichten überall Ruhe und Ordnung. In den meisten größeren Städte haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt.

Wien, 25. März. Die Wiener Wäcker bringen einen Aufruf des Wiener Organs der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, in dem für den Fall eines Untersuchungsrechts der Anschlag auf die russische und ungarische kommunistische Partei empfohlen wird.

Budapest, 25. März. Bei der Verabschiedung der Mitglieder des früheren Kabinetts erklärte Herr Karolyi in einer Ansprache, alles, was geschehen sei, sei eine naturgemäße Entwicklung, die durch die Blindheit und die Willkür der Entente bedingt wurde. Er sehe ein, Ungarn sei heute nur noch auf dem Wege über die Internationale zu retten. Ein jeder möge nach Kräften dazu beitragen, daß der Unterbau des neuen Regimes gelinge, denn dies erfordere das Interesse der ungarischen Nation.

Der revolutionäre regierende Rat erwarte die Bildung eines aus revolutionärer Disziplin bestehenden proletarischen Heeres der ungarischen Republik, einer sogenannten Roten Armee, an welche in erster Linie auf Anwerbung aus den Reihen der organisierten Arbeiterkraft und aus den neuemwärtig unter den Waffen stehenden Proletariatskämpfern der Roten Armee erhaltenen Dienstleistungen, Bekleidung, Ausrüstung und monatlich 450 Kronen Gehalt. Jedes ihrer Familienmitglieder erhält einen Familienzuschuß von 50 Kronen monatlich. Der oberste Leiter der Roten Armee ist der revolutionäre regierende Rat. Chargen und Rangunterstützung gibt es in der Roten Armee nicht, es gibt nur Befehlshaber und Soldaten. Die Befehlshaber werden vom Volkskommissar für das Kriegswesen ernannt. Innerhalb der Roten Armee werden auch Arbeiterkorps, bataillone und Truppenkompanien gebildet und ihre Kommandanten ausschließlich aus den Reihen der Arbeiterkraft genommen werden. Die Anwerbung für die Rote Armee hat sofort nach Veröffentlichung der Verordnung zu erfolgen.

Das Echo im Ausland.

Paris, 24. März. Die Pariser Presse mißt selbstverständlich den ungarischen Ereignissen große Bedeutung bei. Sie weist einigermäßen darauf hin, daß die inneren Schwierigkeiten eine immer stärker werdende Allianz der Bolschewisten voraussetzen lasse. Alle Zeitungen vertiefen auf die Haltung der deutschen Presse, die nach dem „Matin“ den Bolschewismus der ungarischen Regierung als einen guten Zweck an der Entente bezeichnet. Nach dem

„Journal“ ist Deutschland allein imstande, die westliche Zivilisation zu retten. Wenn man wolle, daß es sich in dieser Weise betätigt, müsse man den Preis nennen und der würde nicht gering sein. Er würde jedenfalls nicht derjenige sein, den die Entente wünsche. Die Deutschen würden die Bedingungen prüfen oder sich an die Spitze der bolschewistischen Bewegung stellen. — „Petit Journal“ schreibt die Drohung, die Bedingungen abzulehnen und Deutschland dem Spartakismus auszuliefern, käme einem Selbstmord gleich. Man dürfe also annehmen, daß die deutsche Regierung sich zweimal befinden werde.

London, 25. März. (Reuter.) Zur Proklamierung des Bolschewismus in Ungarn sagt die „Ball Mail Gazette“: Der Regierungswechsel in Budapest ist eine abgetratene Sache. Nachdem Karolyis Versuch, die Entente davon abzuhalten, die Rechte der Rumänen und Tschechen durchzusetzen, mißlungen ist, legt er die Macht in die Hände des Proletariats, womit er seine härteste Karte auszuspielen glaubt. Das ist eine Wiederholung der Taktiken, mit denen Ebert und Scheidemann die Friedensbedingungen aufzunehmen gedenken. Und ihre offiziellen Organe weilen sich, das Budapestereignis als eine Warnung für die Entente zu bezeichnen. — Die „Liverpool Post“ sagt: Das Ereignis gibt eine Veranschaulichung dessen, was wir von Deutschland erwarten können, wenn unsere Bedingungen nicht nach dem Geschmack Scheidemanns und Mangaus sind. Wenn Karolyi tatsächlich gegen die Entente Pläne schmiedet, dann spielt er ein verlorenes Spiel.

Bern, 25. März. Die gesamte schweizerische Presse ist darin einig, daß die Ereignisse in Ungarn die Früchte der von der Entente bei dem Waffenstillstand gegenüber Deutschland und Ungarn betriebenen egoistischen Politik seien. Die „Nationalzeitung“ bezeichnet das bolschewistische Ungarn als ein Vorbild der Verlegenheit für die Entente, weil das Ereignis nur ein Vorbild zu den kommenden, unübersehbaren Schwierigkeiten bedeute, die der Versuch eines Gewaltfriedens mit sich bringen müssen. Die „Fürcher Post“ hält die Tatsache, daß gerade Ungarn auf dem Weg des Bolschewismus gebracht wurde, als kennzeichnend für den Bankrott der Pariser Diplomatie und stimmt mit dem Journal de Geneve darin überein, daß, wenn die Westmächte nicht das den Vätern von der Geschichte Gegebene beackerten, würde die „neue Ententepolitik dem vollen Bankrott anheimfallen. Die „Liberale“ verweist darauf, daß gerade Lord George in der letzten Konferenzsitzung in der Polenpolitik bereit in ein gemäßigteres Fahrwasser getrieben wurde und erwartet, daß nunmehr die ungarischen Vorgänge die Stellung Lord Georges in jeglicher Beziehung härten würden. — Die übrige welschschweizerische Presse hält sich nach wie vor in Stillschweigen oder begnügt sich damit, Ungarn als ein vom bolschewistischen Nibel bestochenes Land hinzujustellen.

Berlin, 25. März. Auf der sozialdemokratischen Parteikonferenz in Weimar sagte heute Ministerpräsident Scheidemann im Hinblick auf die Vorgänge in Ungarn, die bolschewistische Regierung in Ungarn sei ein Ergebnis der imperialistischen Politik der Entente. Ein zermürbtes Deutschland, dem man keine Stadt Danzig und das Saargebiet nehme, sei rettungslos für den Bolschewismus, den wir sonst in Deutschland nicht zu fürchten brauchen, reif. Der Bolschewismus in Deutschland aber bringe ein bolschewistisches Europa.

Zum Lebensmittelabkommen.

London, 24. März. Reuter. Im Unterhause erklärte der Parlamentssekretär des Lebensmittelsministeriums, daß noch keine Lebensmittel an Deutschland geliefert worden seien mit Ausnahme des von den Alliierten besetzten Gebietes. Es würden auch keine gelandt werden, ehe nicht die deutsche Regierung die Bedingungen des Schiffs- und Finanzabkommens erfüllt habe. In Rotterdam lagerten bereits Vorräte, deren Ablösung von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängt. Nach Deutschland herbeigeführt seien bisher 45 000 Tonnen Lebensmittel nach verschiedenen Städten abgehandelt worden. Sie seien dort bereits eingetroffen.

Das erste amerikanische Lebensmittelschiff unterwegs.

Paris, 25. März. Der Dampfer „West-Banna“ mit ungefähr 7000 Tonnen Weizenmehl an Bord wird, wie der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover durch die englische Kommission in Spaa gestern Mittag mitteilte, voraussichtlich am 27. März eintrafen. Die Ladung sei für die deutsche Regierung bestimmt. Zu derselben Zeit sollen auch zwei Frachtschiffe mit Lebensmitteln für die Tschechen in Hamburg ankommen. Wenn sich keine Schwierigkeiten ergeben und die deutschen Schiffe, sowie das Gold schnell geliefert würden, sollen weitere Sendungen nach Bremen und Stettin erwogen werden.

Lebensmittel aus Holland.

Haag, 26. März. Für die Lieferung von Lebensmitteln aus Holland kommen außer Kartoffeln, über die bereits verhandelt wird, noch getrocknete Karotten, Säsenfrüchte, kondensierte Milch, gefalzene Schweine- und Hammelfleisch, sowie Butter schon in nächster Zeit in Frage. Außerdem werden über Holland und Liebersee Lebensmittel, insbesondere Fett und Teile, zu beziehen sein.

Ueber die Verteilung der ausländischen Lebensmittel.

erklärt der „Berliner Lokal-Anzeiger“, daß die einlaufenden Mengen zunächst zur Aufrechterhaltung unerer bisherigen Lebensmittelrationen dienen. Eine Abgabe von Waren an den freien Handel aus diesen Lieferungen wird nicht stattfinden, da die Lebensmittel gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt werden sollen. In erster Linie werden die Industriezentren und großen Städte beliefert, da in ihnen die Not am größten ist. Ob die in Aussicht stehenden Mengen so groß sein werden, daß sie einen Aufschub über die jetzige Ration hinaus erlauben, hängt vom Umfang der Zufuhren ab, jedenfalls hofft man, daß die Getreidelieferung eine Verbesserung des Brotes gestatten werde.

Präsident Kopp stellt mit, daß ein Gesetzentwurf einging, daß am Sonntag, 6. April, über die badische Verfassung eine Volksabstimmung stattfinden soll, sowie über die Frage, ob der Landtag bis 1921 tagen soll.

Das Haus unterbricht die Sitzung zur Besprechung dieser Frage. Nach Wiederaufnahme der Sitzung berichtet

Hr. Dr. Behmer (Ztr.) namens der Kommission, daß beantragt werden soll, einen § 69 anzufügen des Inhalts: „Diese Verfassung unterliegt der Volksabstimmung.“ Der Antrag wird angenommen.

Zu namentlicher Abstimmung wird hierauf die Verfassung in zweiter Lesung mit 99 Stimmen einstimmig angenommen.

Ministerpräsident Geiß:

Hiermit haben Sie dem wichtigsten Gesetze des Hauses Ihre Zustimmung gegeben. Ich danke Ihnen dafür. Die einstimmige Zustimmung gibt den Beweis, daß alle Parteien mit dem Gesetze zufrieden sind. Dank Allen, die daran mitarbeiteten. Die Annahme am heutigen Tage macht diesen zu einem denkwürdigen für alle Zeiten. Wir wollen hoffen, daß wir durch Zusammenfassung aller Kräfte über die schwere Zeit hinwegkommen. Mit vereinten Kräften wollen wir für das Wohl des Landes, für Frieden und Freiheit arbeiten. (Beifall.)

Präsident Kopp: Ich möchte mich den Ausführungen des Ministerpräsidenten anschließen und hoffe, daß alle Wünsche, die sich an die neue Verfassung knüpfen, sich erfüllen.

Ein Gesetzentwurf, wie weit die Nationalversammlung als Landtag weiter tagen soll, wird der Verfassungskommission übergeben.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 26. März, nachm. 4 1/2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation über Fliegerjäger usw. — Schluß der Sitzung: 7.50 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 25. März 1919.

Präsident Behrensdorf eröffnet die Sitzung gegen 1/4 4 Uhr. Tagesordnung: Anfragen.

Hr. Dr. Nießer (Dsch. Volksp.) führt Beschwerde über Vergewaltigung deutscher Zeitungen in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden.

Hr. Kalk (Dsch.) beklagt sich über ungenügende Versorgung der Rheinlande mit Brotgetreide, Mehl und Fett und verlangt sofortige und dauernde Abhilfe.

Hr. Sasse (U.S.) fragt nach den Gründen des Verbotes der Zeitungen „Freiheit“ und „Republik“.

Major Giffa: Die Zeitungen haben in gemeingefährlicher Weise auf die öffentliche Stimmung der Berliner Bevölkerung eingewirkt und wurden deshalb verboten.

Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen folgten die Interpellationen Gröber (Ztr.), v. Payer (Dem.) und Gen. betr. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handelstreibenden sowie die Interpellation Arnstadt (Dsch., untl.) und Gen. betr. Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe.

Hr. Weidlich (Dsch., untl.) begründet die Interpellation Arnstadt: Wenn wir unser Wirtschaftsleben wiederaufbauen wollen, so müssen wir vor allen Dingen die kleinen und mittleren Betriebe wieder in den Vortell setzen.

Zur Begründung der Interpellation Gröber erklärt

Hr. Geiß (Ztr.): Durch die Revolution und die Sozialisierungsversuche haben sich die Ausführenden der Hand- und Gewerbebetriebe verschlechtert. Für das Handwerk ist die Zuteilung von Rohstoffen besonders notwendig. Beim Reichswirtschaftsrat und beim Reichsarbeitsrat müssen besondere Stellen mit dem nötigen Einfluß geschaffen werden, um den Bedürfnissen des Hand- und Kleingewerbes Rechnung zu tragen. Das selbständige Handwerk darf nicht länger von der Regierung als Nebenbetrieb behandelt werden. Vor allem muß dem Handwerk und Kleingewerbe die Kreditbeschaffung erleichtert werden durch staatliche Förderung der Kreditgenossenschaften.

Reichswirtschaftsminister Wissell: Die Wirkungen des Krieges greifen tief in das Wirtschaftsleben ein. Da ist es unmöglich, den Zustand von 1914 wieder herzustellen und jeden einzelnen Betrieb in seine frühere Wirtschaftsgeltung wieder einzufügen. Das Reich, die Gliedstaaten und die Gemeinden haben durch jährenlange Aufträge Industrie und Handwerk über den roten Punkt hinwegbringen versucht. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat Aufträge von rund 2 Milliarden Mark gegeben, die Reichspostverwaltung von 1/2 Milliarden. Für die Belieferung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmitteln ist gesorgt und hierbei werden organisierte Handwerker selbst mitwirken. Der Großhandel wird auch nach dem Frieden mit Beschränkungen rechnen müssen. Der derzeitigen Notlage zahlreicher Kleingewerbetreibenden und Handwerker abzuhelfen, ist außerordentlich schwer, solange nicht die Gütererzeugung wesentlich gesteigert werden kann. Nur wenn wir aus der Notlage erstanden, werden wir in der Lage sein, unser Schicksal in die Hand nehmen können.

Hr. Brühne (Soz.): Viele tausende Kleinwerbetreibende, die aus dem Kriege zurückgekehrt sind, stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Wir wollen alles tun, um ihnen zu helfen. Es wird Aufgabe der Regierung sein, sich wieder junge Leute zur Lehre melden lassen. Bei den bevorstehenden Steuern muß das Handwerk möglichst begünstigt werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags 8 Uhr vertagt. Außerdem Wahlprüfungen und kleinere Vorlagen. Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei.

Katzenfeld, 23. März. Am 27. März, abends 8 Uhr, findet im „Girich“ nunmehr der Vortrag des Genossen Weidlichmann über die Arbeiten der sozialdemokratischen Fraktion im Verfassungsausschuß statt. In Anbetracht der Wichtigkeit des Themas ist es Pflicht der Parteigenossen, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Leser der Parteipresse und Gäste sind willkommen. Da am 5. April die Generalversammlung stattfindet, eruchen wir die Genossen, in der Versammlung ihre Beiträge für das 1. Quartal voll zu entrichten.

Sobenerweiterung, 25. März. Morgen, Donnerstag 26. d. Mts., abends 1/2 8 Uhr, findet im Neuenzimmer zur „Schuburg“ Mitgliederberatung statt. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Söllingen, 23. März. Am vergangenen Dienstag fand auf dem Rathaus hier eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung statt, die von etwa 50 Personen besucht war. Nationalrat Dr. Kraus (Freiburg) sprach in ausgezeichneter, sachverständiger Weise über den wissenschaftlichen Sozialismus. Die Anwesenden spendeten den höflichen Ausführungen reichen Beifall.

Mademiller und die Sozialdemokratie. In einer im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, erschienenen Schrift dieses Titels geht Wally Jepler auf die Frage ein, wie es kam, daß in ostdeutschen Kreisen das politische Interesse bis zur Revolution an Lebhaftigkeit sehr zu wünschen übrig ließ. Seit der Revolution hat sich darin eine Umänderung vollzogen. Der überall sich äußere Hunger nach Wissen von den politischen Parteien veranlaßte Wally Jepler, eine Einführung in die große geistige Welt des Sozialismus zu geben.

Ihre Schrift umfaßt viel und baut sich in edler Form auf. An Einwänden und Zweifeln der Kreise, zu denen sie spricht, entwickelt sie ihre wertvollen Gedanken. Ihr Wort hat Glaubensflamme. Sie ist überzeugt: „Alle schöpferische Tat ist heute Sozialismus oder Sozialismus in seinem weitesten Sinne bedeutet Schöpferium.“ Wally Jepler legt dar, daß er auch die Kraft ist, die höchste Forderung gesellschaftlicher Sittlichkeit in die Tat umzusetzen. Mit einer klaren Erörterung über das Verhältnis von Sozialismus und Individualismus endet die prächtige Schrift.

Kommunalpolitische Literatur. Ein Verzeichnis der auf diesem Gebiete erschienenen sozialistischen Literatur hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, herausgegeben. Es kann kostenfrei dort bezogen werden.

Baden.

Die Arbeiterräte.

In einer in Vörrach abgehaltenen Sitzung der Volkstäte des Bezirks Vörrach wurde eine Entschließung gefaßt, wonach alle Bestrebungen unterstützt werden, die darauf hinzielen, die Arbeiterräte als dauernde Einrichtungen beizubehalten. Dies sei notwendig zur Erhaltung der Errungenschaften der Revolution, als auch zur Durchführung der die Arbeiterschaft betreffenden sozialen Fragen. Die Konferenz verlange deshalb die gesetzliche Festlegung der Arbeiterräte.

* Baden-Baden, 26. März. Aus den Wohnräumen des hiesigen Schlosses wurden kostbare Altertümer, darunter eine Bibel, eine antike Uhr und mehrere Bilder von hohem Wert entwendet. Die auffallende Diebstahlthat dürfte auf ihre Spur führen.

* Mannheim, 26. März. Der Lustmörder Keller aus Waldhof, der eine Strafe von 14 Jahren Gefängnis zu verbüßen hat und bei dem Recht vom 22. Februar aus dem Landesgefängnis befreit worden ist, konnte wieder festgenommen werden. — Ein auswärtiger Rechtsanwalt hat auf Grund des sogenannten Tumultgesetzes gegen die Stadtgemeinde Schönenbrunn angeklagt, weil die von einem auswärtigen Gericht, zur Zwangsvernahme hierher geschickten umfangreichen Prozessakten bei dem Sturm auf das Gerichtsgebäude am 22. Februar 1919 verbrannt worden sind.

* Mannheim, 26. März. Bei einem Einbruch in der Eisenbahnbetriebswerkstätte in Schwetzingen wurden über 1000 Glühbirnen gestohlen.

* Stetten a. L. M., 25. März. Auf dem Seuberg wurden einem Großhändler Lebensmittel im Wert von 35 000 Mark, darunter mehrere geschlachtete Schweine, abgenommen.

Dringende Bahnwünsche. Ein Arbeiter aus Forstheim schreibt uns: Während die in Karlsruhe beschäftigten Arbeiter vom Lande meist gute Gelegenheiten haben, zur Arbeit und von der Arbeit zu fahren, sind die in den Dörfern um Forstheim wohnenden Arbeiter viel schlimmer daran. Die in den Orten Düren, Göttrich, Bauschlott, Rühlheim, Rühlheim und Eisingen wohnenden Arbeiter müssen den Weg von und zur Arbeit täglich zu Fuß machen, es sind dabei Strecken bis zu 20 Kilometer täglich zurückzulegen, zu jeder Jahreszeit, bei jeder Witterung. Man sollte es nicht für möglich halten, daß untere alle Regierung solche Verhältnisse bestehen ließ, zumal es sich doch um eine Verbindung zwischen den beiden Städten Forstheim und Breiten handelte. Forstheim, eine Stadt von 70 000 Einwohnern, die dem bayerischen Staat doch infolge ihrer ausgedehnten Industrie bedeutende Abgaben liefert, für die aber das alte Regime noch nie etwas übrig gelassen hat. Breiten, eine Stadt von über 5000 Einwohnern, die mit ihrer Umgebung ebenfalls von nicht geringer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Während man in der Umgegend von Karlsruhe, Mannheim, ja bald gegenüber sämtlichen Großdörfern, den Wohnstätten weitestgehendes Entgegenkommen zeigte, hat man gerade diese so fruchtbare Gegend vernachlässigt. Was hätten da noch für Lebensmittel herausgeholt werden können, wenn Berke vorhanden gewesen wäre. Aber die Landwirtschaft hat keine Verbindung mit der Stadt und die Arbeiter, die tags in den Fabriken abends nach fünfmeilen bis zu 20 Kilometer zurücklegen müssen, sind dann zu nichts mehr fähig.

Die Frage einer Bahnverbindung Forstheim-Breiten war feinerzeit im badischen Landtag als notwendig erkannt und genehmigt worden, doch hat die erste Kammer dieselbe wegen Unrentabilität verworfen. Die Sozialisten „Feiner könig! Soheil“ auf Gemahrung Düren (Karlsruhe) auf Gemahrung Göttrich (Sachsentaler Hof und Heimböcker Hof) sowie Schöb und Gärten in Bauschlott werden die größte Rolle gespielt haben. Nach 4 1/2-jähriger Unwissenheit im Felde müssen nun die Arbeiter wieder den weiten Fußmarsch nach ihrer Arbeitsstelle zurücklegen und wandern gerichtslose Kamerad über Haupt nicht mehr finden können. Er hat seine Knochen für die Herren, die feinerzeit das Projekt verworfen, dahingelassen, und nun kann er auch noch obendrein nichts mehr verdienen. So liegen die Verhältnisse in dieser Gegend.

Wir hoffen, daß die jetzige Regierung hier auch Wandel schafft und nicht vorher mit dem vielversprochenen Autoverkehr langjährige Experimente macht, denn damit ist einer Arbeiterkraft von durchschnittlich 250 pro Gemeinde weder gedient noch geholfen. Wir haben nicht bloß Pflichten, sondern auch Rechte und deshalb verlangen wir, daß unsere Verkehrsverhältnisse so schnell wie möglich geregelt werden. Die Zeiten des Vertriebens und nicht Haltens sind vorüber, heute heißt es Handeln!

Feuerungszulage betreffend. Von Beamten einer badischen Trennanstalt wird uns geschrieben: Nach einer Entschließung der badischen Volksregierung wurde unter Würdigung der rechtlichen wirtschaftlichen Lage der Staatsbeamten und Staatsarbeitern mit Wirkung vom 1. Dezember vorigen Jahres an eine Feuerungszulage von täglich 2 M. bewilligt. Diese Zulage kam an Beamten erstmalig zur Auszahlung. Sollte man glauben, daß heute nach Ablauf von nahezu vier Monaten ein großer Teil von Bezugsberechtigten und zwar sehr Bedürftigen immer noch auf die Auszahlung dieser Zulage warten muß? In den Heil- und Pflegeanstalten des Landes gibt es Beamte und Bedienstete (männliches Personal und weibliches Personal) mit Jahresgehältern von 1300—1400 M. und laufenden Feuerungszulagen von 30—40 Prozent, denen es kaum verträglich ist, daß die Regierung sie so kriegsmäßig behandelt im Gegensatz zu höheren Beamten mit 8—10 000 M. Jahresentlohnung, die ihre Feuerungszulagen ohne Aufschub in Empfang nehmen dürfen. Vielleicht genügen diese kurzen Zeilen, um auch hier den nötigen Wandel zu schaffen und diesen hinsichtlich nicht zu den oberen Reihentausend Zählenden endlich einmal zu ihrem Recht zu verhelfen.

Von der Landespolizeitruppe. Wie schon gemeldet, ist Generalmajor August Anseher, der bisherige Kommandeur der Landespolizeitruppe, in den Ruhestand versetzt worden. Als Nachfolger wurde Staatsanwalt Dr. Wenzler, unter Ernennung zum Obersten, zum Kommandeur der Landespolizeitruppe ernannt.

Nachrichtensblatt für Gefangenenfragen. Die badische Gefangenenfürsorge schreibt uns: Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Berlin, Wilhelmstraße 72, gibt ein amtliches Nachrichtenblatt heraus. Die Angehörigen der Gefangenen erhalten dadurch die neuesten Nachrichten über alle Gefangenenfragen. Probe-Exemplare können kostenlos bei der badischen Gefangenenfürsorge, Freiburg i. Br., Verbotstraße 14, angefordert werden. Das Blatt erscheint 14-tägig, Bezugspreis vierteljährlich 70 Pf. Die Angehörigen der Gefangenen können das Nachrichtenblatt bei der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Berlin, Wilhelmstraße 72, im Wege des Postabonnements bestellen. Die badische Gefangenenfürsorge nimmt keine Aufträge auf Abonnements entgegen.

Geimhaftung deutscher Sanitätspersonals. Die badische Gefangenenfürsorge schreibt uns: Wir haben uns schon vor Eintritt des Waffenstillstandes und seither fortwährend mit dem Austausch des in amerikanischer Gefangenschaft befindlichen Sanitätspersonals bemüht und wir können heute mitteilen, daß die neueste Information des amerikanischen Hauptquartiers dahin lautet, daß die Geimhaftung des deutschen Sanitätspersonals, soweit es nicht zur Pflege der deutschen Gefangenen nötig ist, jetzt beschlossen ist und gegenwärtig in Vorbereitung ist. Wir können also hoffen, daß in wenigen Wochen auch die Sanitätsleute aus amerikanischer Gefangenschaft anlangen werden. Es fehlt noch eine Sicherheit für das Sanitätspersonal aus Frankreich.

Von der Kleintierhaltung. Es ist erfreulich zu begrüßen, daß die Kleintierhaltung als Beihilfe zur Lebensmittelerzeugung großen Umfang angenommen hat. Nur führt diese Tierhaltung leider auch aus Unachtsamkeit und Unkenntnis häufig zu tierärztlicher Behandlung der Tiere. Die Kattungen werden vielfach in viel zu kleinen Käfigen gehalten und häufig und Futter werden nicht trocken und reinlich gehalten. Die Tiere befinden sich im Ratten und in ihrem eigenen Kot. Die Käfige werden nicht regelmäßig gereinigt und das Tier leidet, fränkelt und nimmt ab anstatt zu. Bei solchem Wetter wird dieser Zustand besonders zu einer argen Tierqualerei, von der der Besitzer selbst den größten Schaden hat. Auch daß Kinder ohne Aufsicht die Tiere füttern, führt zu Schädigungen; es müßten Erwachsene stets auf die Ordnung sehen. Die Tiere sollten sich täglich außerdem wenigstens kurze Zeit frei bewegen können. Es ist eine irrige Ansicht, daß sie dabei nicht zunehmen. Im Gegenteil, mäßige Bewegung regt die Entwicklung an. Dazu ist genügend Raum im Käfig, Reinlichkeit, Trockenheit und sachgemäße Fütterung unbedingt nötig. Dies gilt nicht nur für Kattungen, sondern ebenso für Fühner, Biegen und alle Kleintiere. Jeder Besitzer schadet durch unachtsame Behandlung, die außerdem tierärztlich ist, nur sich selbst.

Reiseerlaubnischeine für Bayern. Für den Bereich der bayerischen Staatsbahnen (rechtsb. Neb) sind zunächst für alle Schnellzüge Reiseerlaubnischeine eingeführt worden. Reisende für Schnellzüge nach bayerischen (rechtsb.) Stationen erhalten auf badischen Stationen Fahrkarten ohne Erlaubnischein. Es ist empfehlenswert, schon beim Antritt der Einreise die Fahrkarte für die Rückreise mit vierzigtägiger Gültigkeit zu lösen oder, wenn dies nicht möglich ist, sich für den Antritt der Rückreise oder der Weiterreise auf einer bayerischen (rechtsb.) Station mit einem Nachweis über die Dringlichkeit der Reise zu versehen. Reiseerlaubnischeine sind auch erforderlich, wenn ein Schnellzug nur auf einer Teilstrecke der bayerischen (rechtsb.) Staatsbahnen benutzt wird.

Soziale Rundschau.

Bruchsal, 5. März. (Statistisches der Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal.) Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. März 1919 insgesamt 8269 gegenüber 8263 im Vormonat, und zwar 3960 männliche und 4269 weibliche Mitglieder. Arbeitsunfähig Kranke und Wächterinnen wurden gezählt 287 gegenüber 329 am 1. Februar 1919. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. März 1919 in Bruchsal beschäftigt 4982 insl. 523 Dienstboten gegenüber 4984 einschließlich 499 Dienstboten im Vormonat; in dem zum Kassenbezirk gehörigen 16 Landgemeinden 3277 gegenüber 3260 im Vormonat.

Sudenheim, 24. März. Nach dem von Assessor Geiß im Auftrage des Landeswohnungsvereins erstatteten Vortrag über Wohnungsnot und Baugenossenschaft wurde hier eine gemeinnützige Baugenossenschaft gegründet. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und die rege Diskussion bewies das vorhandene Interesse. Etwa 40 Genossenschaftler traten sofort em.

Kommunalpolitik.

Die „bankbare“ Gemeinde.

f. Weingarten, 23. März. Wir haben kürzlich schon darauf hingewiesen, daß „aus ganz unerklärlichen Gründen“ die hiesige Gemeinderatsliste unbesetzt bleibt. Wir haben damals nur eine Vermutung geäußert, die man wegen der Nichtbelegung hege, genauso wie jedoch nicht zu erfahren, die „Interessenten“ hüllten sich in tiefes Schweigen. Ein Gutes hatte unser kürzlicher Artikel dennoch: er zeigte den Ortsheimatlichen, daß Gemeinderatsmitglieder sich doch nicht alles bieten lassen wollen, daß besonders die Kriegsbeschädigten unbedingten Anspruch auf die Belegung des Postens durch einen der ihren erheben. Man setzte sich aber auf dem Rathaus fast lächelnd über diese berechtigten Wünsche der Kriegsbeschädigten wie auch über die Verfügung der Regierung, nach der „allen Behörden um zur Pflicht gemacht ist, bei Belegungen vor allen Dingen Kriegsbeschädigte und Verfallenen zu bevorzugen und auf die Verwendungsfähigkeit derselben in weitestgehendem Maße Rücksicht zu nehmen“, hinweg. Der heimliche Kaiser von Weingarten präferierte einen getreuen Diener als Gemeinderat und die getreuen Schuldnapfen des heimlichen Kaisers und Ortsheimatlichen wählten diesen Diener denn auch zum Stellvertreter der Gemeinde. Die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten werden sich jedoch diesen „Dank“ ihrer Gemeindeverwaltung auf keinen Fall bieten lassen. Es ist genug Material vorhanden, das dem neugeborenen Schatzhalter und seinen Patronen nicht unangenehm auf die Nerven fallen dürfte, wenn die Herren auf dem Rathaus in ihrer Rücksichtslosigkeit gegen die hiesigen Kriegsbeschädigten so weit gingen und den Beschäftigten den Ermöglichen in seine Tätigkeit hineingudrängeln — vielleicht gar auf dem Wege einer förmlichen Kriegsbekämpfung — rechtswirksam machten. Die Klientelwirtschaft auf dem Rathaus ist so stark, daß es vielleicht noch vor den Gemeindevätern zu wäre, mit gewissen Leuten Praxer zu reden. Die Kriegsbeschädigten werden dies zu tun verstehen, wenn nicht „der Gemeinderat, wie erwartet wird, in eine nochmalige Prüfung dieser für die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten so breisenden Frage eintritt, und das Ergebnis mitteilt.“

Das bisherige Schweigen auf die Anzuspungen der Kriegsbeschädigten in der Belegungsfrage des Rathespostens hat die Kriegsbeschädigten gezwungen, den Schritt in die breite Öffentlichkeit zu machen und damit ein Scherlein dazu beizutragen, die unsoziale Handlungsweise der hiesigen Gemeindebehörde in allen erdenklichen Fällen zu kennzeichnen.

3. Spöck, 22. März. Auf ebenso eigenartige wie jählau Art glaubt unser Herr Bürgermeister die Wohnungsfrage lösen zu können. Kommt nämlich eine Frau wegen der Miete oder wegen sonstiger Wohnungsangelegenheiten zu ihm, dann erklärt er kurz und bündig, die Frau solle dort hingehen, wo ihr Mann her ist. Das ist ein sehr bequemes Mittel, um sich die unbecommene Arbeit vom Halbe zu schaffen; die Wähler bei den nächsten Gemeindevahlen werden nicht verärgern, solcher Mühsaligkeit die gebührende Antwort zu geben. Den Grundged, den er hier aufstellt, auch gegenüber seiner eigenen Familie aufzustellen, fällt dem Herrn Bürgermeister nicht ein, denn er müßte ja dann auch seine Tochter dahin schicken, wo deren Mann her ist; hier weiß er aber schon Rat, da wird einfach auf dem Rathaus eine Wohnung hergerichtet. Einem anderen Namen gegenüber meinte der Bürgermeister, wenn kein Platz wäre, nun, so sollten die beiden Söhne auf Stroß liegen, draußen im Felde seien sie auch auf Stroß zu legen. Solche Leistungen werden sich die Kriegsteilnehmer merken, sie müssen dafür sorgen, daß Leuten mit solch rüchständigen Anschauungen, mit solchen Begriffen über den Dant, den man benen schuldig ist, die 4 1/2 Jahre draußen waren, das Handwerk gelegt wird. Hier muß es heißen: Wahltag — Wahltag.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 26. März.

Die Not des Vaterlandes ist so groß, daß unter allen Umständen Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht erhalten werden müssen...

Fälligkeit der Militär-Renten am 29. März 1919. Die Empfänger von Militär-Verorgungsgebühren werden daran erinnert...

Heute Abend

im Saal 3 der Brauerei Schamp, Waldstraße 16/18, Versammlung des sozialdemokratischen Vereins mit Vortrag von Stadtrat Dr. Kullmann über „Karl Marx“.

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Neben der geistigen Erziehung und körperlichen Erleichterung ist es auch Aufgabe der Arbeiter-Jugend...

Gewerksverein Karlsruhe e. V. Die Mitglieder werden auf die heute abend im Nebensaal des Hotels „Friedrichshof“ stattfindende Hauptversammlung nochmals aufmerksam gemacht.

Folklore und Dekoration. Man schreibt uns: In Ihrer Zeitung brachten Sie dieser Tage eine Notiz über wucherndes Gebaren der Möbelhändler...

Hygiene der Ehe. in 250. Auflage: Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Ich bin von Kriegstrasse 60 a nach Gerwigstraße 3 II verzoogen. Meine Sprechstunden finden von jetzt ab von 8 1/2 - 9 1/2 und von 2 - 3 1/2 Uhr statt.

Mail-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442 Geschirre-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

Kauf von 1670 Alt- u. Neu-Möbel Karl Rauch, Kaiserstr. 49, Kaiserstr. 49

lebe trifft auch in der Holzmöbelbranche zu. Gerade in den feineren Geschäften, wo die niedersten Löhne bezahlt werden, werden die Preise gefordert...

„Bayerischer Gebirgsdienstverein „Die Edelweiser“ in Karlsruhe. Aus dem bayer. Oberland und Umgebung haben sich die hier ansässigen Bayern in obigem Verein zusammengeschlossen...

Volkshymnienkonzert in der Festhalle. Auf das heute, Mittwoch, 26. März, in der Festhalle stattfindende Konzert des Landestheaterorchesters unter Mitwirkung von Fr. Sailer...

Letzte Nachrichten. Eine deutsche Finanzkommission nach Versailles.

Berlin, 25. März. Die Friedenskommission in Spa hat die deutsche Regierung in einer Note vom 24. März eingeladen, ein aus höchstens drei Personen bestehendes Finanzkomitee nach Versailles zu entsenden.

Der Diphtherie in Wörthheim. Wörthheim, 26. März. Die Zahl der Diphtheriefälle hat sich abermals erhöht und ist auf 1750 gestiegen.

Prozess Villain. Paris, 25. März. Am Montag begann vor dem Schwurgericht der Prozess gegen Villain, den Mörder Jaurès.

Verbandsangelegenheiten. Karlsruhe, 26. März, abends 7 Uhr, im Saale zum „Goldenen Löwen“ Mittwochs-Verein.

Wasserstand des Rheins. Schutterinsel 127 Meter, gest. 2 Ztm.; Neßl 242 Meter, gest. 12 Ztm.;

und ob er nicht an die hervorragende Rechtschaffenheit des Gemordeten gedacht habe, antwortete Villain, ich bin tief religiös, aber der Gedanke an das Gewissen erwachte in diesem Augenblick nicht in mir.

Unruhen in Witten

Dortmund, 25. März. In Witten kam es gestern vor dem Gebirge der „Wittener Volkszeitung“ wegen eines in dem Blatte erschienenen Artikels zu Kundgebungen von Arbeitern aus Witten und Annen...

Kleine Nachrichten.

London, 24. März. Reuters. In der heutigen Konferenz der Eisenbahngewerkschaften mit der Regierung wurde Einigung über die Auslegung der von der Regierung angebotenen Bedingungen erzielt.

Paris, 24. März. Der Prozess gegen den Mörder Jaurès, Villain, hat heute begonnen.

Leipzig, 24. März. Wie der „Oberhessische Wanderer“ zu dem Brandunglück im Stadgarten meldet, beläuft sich die Zahl der getöteten Kinder auf 72, die der Verletzten auf 28.

London, 24. März. Im Unterhause erklärte Lord Curzon, daß die Nachrichten aus Ägypten weniger ernst seien.

Paris, 24. März. Der Neger Noogel überflog die 800 Kilometer lange Strecke Marseille-Paris in 3 Stunden 45 Minuten.

Briefkasten der Redaktion.

E. W., Söllingen. Der Bericht kam infolge einer wohl bei der Post liegenden und unerlässlichen Verspätung erst Dienstag mittag in unsere Hände.

Verbandsangelegenheiten.

Durlach. (Naturfreunde.) Mittwoch, 26. März, abends 7 Uhr, im Saale zum „Goldenen Löwen“ Mittwochs-Verein.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 127 Meter, gest. 2 Ztm.; Neßl 242 Meter, gest. 12 Ztm.;

Zahn-Praxis Rudolph Holl Dentist. Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten. Zahnersatz und Plomben in künstlicherer Ausübung.

Heim-Arbeit. Geübte Arbeiterinnen für kleine Flachbeutel gesucht. Näheres zu erfragen jeweils von 3-4 Uhr nachmittags bei 2133.

Blinden-Arbeit. Gaudhaltung - Wärfen und Rohhaar - Wärfen empfiehlt Wüh. Wood, Viktoriastr. 6.

Kriegserwitte. Anfangs 40 Jahre, ohne Kinder, wünscht sich wieder zu heiraten. Sonstige Angaben und etwas Vermögen vorhanden. Bewerber oder Herr in guter Stellung wollen ernstgemein in Frage unter H. Nr. 2127 an das Volksfreundbüro senden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Karlsruhe. Achtung! Blecher und Installateure! Achtung! Mittwoch Abend 6 Uhr in der „Gambriunshalle“ wichtige Versammlung.

Couristen-Verein „Die Naturfreunde“. Am Freitag, den 29. März, findet im Vereinslokal „Gambriunshalle“ eine außerordentliche General-Versammlung statt.

Uhren-Reparaturen. Werden pünktlich und billig unter Garantie ausgeführt. Uhren werden angekauft. J. Klaus, Müppertstr. 20.

Zu verkaufen: schwarzer Frack u. Weste a. e. frag. Volksfreundbüro. Sportliegewagen gut erhalten, mit Dach, zu verkaufen. Gartenstadt, Astenweg 50.

